



Nahen Osten etabliert

APA, HOFFMANN

ZUR
PERSON



Karin Kneissl, promovierte Juristin, ist in Lehre und Forschung mit den Schwerpunkten Naher Osten, Energie und Völkerrecht tätig und lehrt an der Universität Saint-Joseph in Beirut.

Buchtip:
„Mein Naher Osten“. Braumüller 2014.

Die Österreicher waren im Nahen Osten doch auch einmal diplomatisch tätig.

KNEISSL: Da war ich ein Kind und Sie noch nicht geboren. Heute werden wir nicht mehr in dieser Rolle wahrgenommen. Dass wir nur kommen und diskret vermitteln – so funktioniert das nicht mehr. Dafür brauchen Sie schon ein gutes Team und das sehe ich nicht.

Gibt es irgendetwas, was die Kriegsparteien locken könnte, Frieden zu schließen?

KNEISSL: Die Saudis als sunnitische Großmacht wie die übrigen Araber haben ein ganz besonderes Interesse an Damaskus, weil die Stadt in der arabischen Geschichtsschreibung immer eine gewaltige Rolle gespielt hat. Wer in Damaskus mitmischt, schreibt Geschichte. Mit Argumenten wie dem menschlichen Leid ist das keiner zu beeindrucken.

Wenn der Ölpreis noch weiter sinkt, könnte das die Saudis doch zu mehr Zurückhaltung zwingen. Und auch Russland.

KNEISSL: Das ist auch meine Hoffnung. Dann können sich gewisse Leute bestimmte Abenteurer und Brutalitäten nicht mehr leisten.

Die Lage ist in Ihren Augen also fast, aber nicht ganz hoffnungslos.

KNEISSL: Wenn man etwas erreichen will, muss man einen klugen Vermittler hinter die Kulissen schicken, der über Autorität verfügt und von allen als Unbeteiligter anerkannt wird. Das sind nicht die Briten oder Franzosen, weil sie im Iran und in Saudi-Arabien Öl-Interessen haben. In der Vergangenheit gingen größere Initiativen von Norwegen und Schweden aus.

Wer könnte so ein Makler sein?

KNEISSL: Ich weiß es nicht.

UN-Chef Ban Ki-moon?

KNEISSL: Nein, eine starke Position hatte sein Vorgänger Kofi Annan, aber die Großmächte ließen ihn als Vermittler im Syrien-Konflikt im Regen stehen. Ban Ki-moon hat nicht diese Persönlichkeit. Bitte nicht Frau Mogherini. Das bringt nichts.

Weil die EU-Außenbeauftragte nicht als unabhängiger Makler gesehen wird?

KNEISSL: Wenn Mogherini vermittelt, hat sie 15 Anrufer im Genick – von Hollande bis Cameron –, die ihr sagen, was sie gerne hätten. Das ist das Dilemma der nicht existenten europäischen Außenpolitik. Kofi Annan ist in meinen Augen der beste Vermittler, und er wird ernst genommen. Den müsste man anrufen.

INTERVIEW: NINA KOREN

Nun schickt auch Iran Soldaten nach Syrien

Neben Russland und Iran nimmt Hisbollah an Offensive gegen Assad-Gegner teil.

BEIRUT. Der Iran hat nach libanesischen Angaben Hunderte Kämpfer nach Syrien entsandt, um sich an einer Bodenoffensive im Norden des Landes zu beteiligen. Die Truppen seien vor zehn Tagen mit Waffen in Syrien eingetroffen, sagten mehrere in den Vorgang eingeweihte Personen der Nachrichtenagentur Reuters: Die libanesische Hisbollah bereite sich ebenfalls darauf vor, an der Bodenoffensive teilzunehmen. Die russische Luftwaffe werde den Einsatz mit Luftangriffen unterstützen. Ziel sei es, von den Rebellen gehaltene Gebiete zurückzuerobern.

Russland hat wie angekündigt im UN-Sicherheitsrat eine Resolution für den Kampf gegen die Jihadistenmiliz „Islamischer Staat“ (IS) vorgestellt. In dem Entwurf wird auch auf eine Einbindung des syrischen Staatsoberchefs Bashar al-Assad verwiesen. Damit dürfte der Text bei den westlichen Vetomächten USA, Frankreich und Großbritannien auf Ablehnung stoßen. Russland, der Iran und die Hisbollah-Miliz sind die wichtigsten Verbündeten Assads, der seit mehr als vier Jahren versucht, einen Aufstand gegen seine Herrschaft niederzuschlagen.



Über der Stadt Homs stehen nach dem Luftangriff dunkle Rauchwolken AP

Urteil aufgehoben

ZAGREB. Auch das dritte Korruptionsurteil gegen den früheren kroatischen Regierungschef Ivo Sanader ist aufgehoben worden. Das oberste Gericht kassierte in Zagreb auch das letzte Urteil gegen den 62-jährigen, berichteten das nationale Fernsehen HRT. Sanader war wegen illegaler Plünderung der Staatskassen zu neun Jahren Gefängnis und knapp zwei Millionen Euro Strafe verurteilt worden. Das Gericht setzte eine Kaution von umgerechnet 1,6 Millionen Euro fest, gegen die er das Gefängnis verlassen könne.

Parlamentsblockade

PRIŠTINA. Aus Protest gegen den Annäherungsprozess zwischen Serbien und dem Kosovo hat die nationalistische Vetëvendosje-Partei bereits zum zweiten Mal in zehn Tagen eine Parlamentssitzung verhindert. Abgeordnete blockierten so lange das Rednerpult, bis sich Parlamentspräsident Kadri Veseli gezwungen sah, die Sitzung zu unterbrechen. Ziel von Vetëvendosje ist es, die Brüsseler Vereinbarungen mit Belgrad rückgängig zu machen, die unter anderem eine Art Autonomie der Kosovo-Serben im Norden vorsehen.